

DRINGLICHE ANFRAGE von Heidi Bucher-Steinegger (Grüne, Zürich) und Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil) sowie Mitunterzeichnende

betreffend Schulden der Arbeitgeber gegenüber der Pensionskasse BVK

In seiner Antwort vom 18. Juni 2008 auf die KR-Anfrage KR-Nr. 134/2008 von Lorenz Habicher und Rosmarie Frehsner (936. Anfrage [Pensionskasse des Kantons BVK, Risiken und mangelnde Performance]) erwähnt der Regierungsrat unter anderem, dass «die BVK bis Ende der 90-er Jahre (bis zur Umstellung auf das Beitragsprimat auf 1. Januar 2000) nie vollständig ausfinanziert» wurde: «Sie musste vor allem Lohnerhöhungen in die Versicherung einbauen, ohne für die dadurch verursachten Kosten ausreichend entschädigt zu werden. Jede Lohnerhöhung vor dem 1. Januar 2000 führte bei der BVK zu einem Finanzierungsdefizit. Das galt ausgeprägt für den Einbau des 13. Monatslohns in den bei der BVK versicherten Lohn.»

Der Regierungsrat verweist in seiner Antwort auf die Pensionskasse der Stadt Zürich, in die bis zum Wechsel vom Leistungs- ins Beitragsprimat am 1. Januar 1995 Lohnerhöhungen gleichfalls nie ganz einbezahlt wurden. Für Besoldungserhöhungen und Teuerungszulagen wurden die Einmalprämien an die PK Stadt Zürich plafoniert, was insbesondere in Jahren hoher Teuerungsraten und Lohnerhöhungen dazu führte, dass die statutarischen Zahlungen unterschritten wurden. Anlässlich des Primatwechsels auf den 1. Januar 1995 anerkannte so die Stadt Zürich gegenüber der PK eine Schuld von 1,062 Mia. Franken. In einem sogenannten Annuitätenmodell wird diese Schuld in einer Zeitdauer von 25 Jahren bis 2019 in Jahresraten von 67,983055 Mio. Franken abbezahlt, wobei die Schulden mit 4 Prozent verzinst werden (Siehe «Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich, 11. Mai 1994»).

In diesem Zusammenhang stellen wir dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Wie hoch ist der Umfang der mangelhaften Finanzierung von Lohnerhöhungen in all den Jahren bis zum Primatwechsel der BVK am 1. Januar 2000, verzinst mit dem technischen Zinssatz von 4 Prozent?
2. Ist der Regierungsrat bereit, analog der Stadt Zürich diese Schuld gegenüber der BVK anzuerkennen? Wenn Nein, weshalb nicht?
3. Wenn Ja: Ist der Regierungsrat bereit, eine Vorlage zu Gunsten der BVK auszuarbeiten, die sich an erwähntem Abzahlungsmodell der Stadt Zürich orientiert?
4. Oder schlägt der Regierungsrat ein anderes Modell vor? Welches?

Heidi Bucher-Steinegger
Julia Gerber Rüegg

P. Anderegg	A. Barrile	M. Bischoff	R. Brunner	R. Büchi
M. Burlet	K. Bütikofer	E. Derisiotis	D. Feuillet	S. Feuillet
O. Ferro	C. Gambacciani	M. Geilinger	W. Germann	R. Golta
B. Gschwind	E. Guyer	P. Hächler	U. Hans	T. Hardegger
E. Hildebrand	M. Homberger	L. Hübscher	R. Joss	R. Kaeser
M. Kestenholz	R. Kleiber	C. Krebs	R. Lais	E. Lalli
H. Läubli	K. Maeder	R. Margreiter	K. Meier	W. Meier
R. Munz	L. Müller	M. Naef	F. Okopnik	G. Petri
P. Ritschard	M. Rohweder	S. Rusca	M. Schaaf	W. Schoch
P. Schulthess	S. Seiz	S. Sieber	M. Späth	A. Sprecher
M. Spring	R. Steiner	H. Strahm	P. Stutz	E. Torp
A. Wolf	S. Ziegler	J. Zollinger		